

Ihre Stimme  
für ein soziales Hamburg



Wahlprüfsteine des SoVD Hamburg  
geben Orientierung



# **Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft am 20. Februar 2011**

## **Wahlprüfsteine des SoVD Hamburg geben Orientierung**

**Neuwahlen bieten die Chance für eine neue Politik,  
die sich an sozialer Gerechtigkeit ausrichtet!**

**Der SoVD fordert in Hamburg eine sozialpolitische Wende!**

**Wie kann diese aussehen?**

**Was sind Forderungen  
des SoVD  
für ein soziales Hamburg?**

Damit nicht wieder die Schwachen einen Großteil der Lasten schultern müssen, empfiehlt der SoVD Hamburg, die Wahlentscheidung von sozialen Themen abhängig zu machen.

Mit den vorgelegten Wahlprüfsteinen gibt der SoVD Hamburg seinen 18.000 Mitgliedern und den Bürgerinnen und Bürgern der Freien und Hansestadt Hamburg einen Leitfaden zur Wahlentscheidung an die Hand.

# Die Themen, die uns wichtig sind...

... damit Sie wissen, wen Sie wählen.

1. Armut vermeiden und Armut wirksam bekämpfen. Damit alle eine Chance auf Teilhabe am öffentlichen Leben haben.
2. Kindergärten, Kindertagesstätten sowie Schulen und Hochschulen ausbauen. Damit Kinder, Jugendliche und Benachteiligte Chancen für morgen haben.
3. In die Berufsbildung investieren. Damit alle Jugendlichen eine Zukunft haben und die Wirtschaft auf Nachwuchs setzen kann.
4. Chancengleichheit für behinderte Menschen garantieren. Damit auch Menschen mit Handicap dabei sein können.
5. Politik für und nicht gegen Senioren ausrichten. Damit der Dialog in unserer alternden Gesellschaft klappt und Jung und Alt davon profitieren.
6. Eine menschenwürdige Pflege sichern. Damit Menschen im Alter oder bei Krankheit die Zuwendung bekommen, die ihnen gebührt.
7. Keine übermäßige Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch Einschränkungen bei den Bezirksämtern. Damit Hamburg bürgerfreundlich bleibt.
8. Die Gesetze bei Pflicht- und Kann-Leistungen nicht restriktiv, sondern pro-mensch flexibel auslegen. Damit die Menschen das erhalten, was ihnen zusteht.
9. Die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik für Hamburg stärken. Damit mehr Menschen in Arbeit kommen.

Und besonders

10. Die Finanzierung des Gemeinwesens auf alle verteilen. Damit Starke in einem solidarischen Gemeinwesen mehr schultern als Schwache.

Daraus haben wir 10 Wahlprüfsteine entwickelt.

# Wahlprüfstein 1

## Armut vermeiden und Armut wirksam bekämpfen...

*... damit alle eine Chance auf Teilhabe am öffentlichen Leben haben.*

Nach offizieller Darstellung beträgt die Armutsquote für Hamburg über 14 Prozent. Analysen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes weisen allerdings auf Ungereimtheiten in den Erhebungen hin. Sie belegen ein noch größeres Ausmaß der Verarmung.

Für den SoVD Hamburg ist diese Quote nicht hinnehmbar. Sie passt einfach nicht zu einer der reichsten Regionen Europas. Nur ein Beispiel für die Folgen: Kinder aus benachteiligten Elternhäusern haben gegenüber anderen nach wie vor deutlich schlechtere Start- und Entwicklungschancen. Das müssen wir ändern.

Ein künftiger Hamburger Senat muss sich dazu bekennen, dass er die Armut bekämpft. Dazu muss er u.a. folgende Maßnahmen umsetzen:

- Sozialleistungen bedarfsgerecht aussteuern! Der Anspruch auf soziale Leistungen darf nicht schematisch und restriktiv zu Lasten der Anspruchsberechtigten geprüft werden.
- Die Schuldnerberatungsstellen in Hamburg sind auszubauen! Wartezeiten sollen die Ausnahme sein. Darüber hinaus ist die Leistung kostenfrei, ggf. auch von externen sachkundigen Personen zu erbringen.
- Eine ausreichende Anzahl von Wohnungen ist zu bauen. In den ersten Förderwegen des sozialen Wohnungsbaus sind pro Jahr mindestens 6.000 Sozialwohnungen zu errichten.
- Jährlich 50.000 kostenfreie kulturelle Angebote (z. B. Theaterplätze) für benachteiligte Menschen.
- Ein kostenfreies Mittagessen für alle Schülerinnen und Schüler ist flächendeckend anzubieten.
- Studien- und Schulgebühren bzw. –beiträge sind sofort abzuschaffen.
- Der verschämten Armut ist durch unmittelbares Verwaltungshandeln sofort entgegenzuwirken.
- Elternschulen und Elternberatung sind im derzeitigen Umfang zu erhalten.
- Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist an die Zahlung des Branchenmindestlohns bzw. die Tariftreue der beauftragten Unternehmen zu knüpfen.
- Kosten der Unterkunft für Hartz IV- und Grundsicherungs-Empfänger sind weder zu kürzen noch zu pauschalisieren. Die Festlegung der „Angemessenheit des Wohnraums“ hat durch eine kommunale Satzung zu erfolgen.

Darüber hinaus muss sich ein zukünftiger Hamburger Senat für eine Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze auf mindestens 450 Euro je Monat einsetzen. Eine Anhebung der Sozialhilfe über den Regelsatz des SGB II hinaus, wie sie in München üblich ist, muss geprüft werden. Der Hamburger Senat muss regelmäßig einen Armuts- und Reichtumsbericht erstellen.

# Wahlprüfstein 2

## Kindergärten, Kindertagesstätten sowie Schulen und Hochschulen ausbauen...

*... damit Kinder, Jugendliche und Benachteiligte Chancen für morgen haben.*

Die Erhöhung der Kita-Gebühren trifft besonders einkommensschwache Familien, den Mittelstand und behinderte Menschen. In Hamburg sind die Lebenshaltungskosten sehr hoch, so dass die Erhöhung beispielsweise für eine vierköpfige Familie mit mittlerem Einkommen schwer zu tragen ist. Benachteiligte Kinder und Jugendliche bedürfen besserer Chancen.

Die UN Behindertenrechtskonvention ist im Schulbereich umzusetzen. Behinderten Kindern und Jugendlichen ist der Besuch aller Regelschulen in Hamburg ausnahmslos zu ermöglichen. Die jeweiligen Behinderungen sind durch individuelle Unterstützungsleistungen auszugleichen. Barrierefreiheit an Schulen ist eine Voraussetzung, die erreicht werden muss.

Ein künftiger Hamburger Senat muss sich dazu bekennen, dass er sich für die Entwicklung von Kindergärten, Kindertagesstätten und Schulen nach den folgenden Grundsätzen einsetzt:

- Die Erhöhung der Kita-Gebühren (Essensgeld) ist sofort rückgängig zu machen. Dies gilt insbesondere für behinderte Kinder.
- Der Ausbau des Kita- und Hortangebotes ist noch vor dem Jahr 2013 voranzubringen. Dies gilt besonders für den frühkindlichen Bereich und für Sprachförderungsangebote. Das Personal ist aufzustocken.
- Die Hortbetreuung ist auch außerhalb der Kernzeiten von 8 bis 16 Uhr kostenfrei zu gewährleisten. Sie soll Kindern bis 14 Jahren offen stehen.
- Eine zukunftsgerichtete Schulpolitik muss ausreichend Spielraum für Neuerungen ermöglichen. Daher sind Schulversuche in Absprache mit den Beteiligten unbürokratisch zu ermöglichen; den Schulen sind Gestaltungsfreiheiten zu gewähren.
- Die Ganztagschule ist auszubauen. Sie ist wichtige Voraussetzung für Förderung und Integration unserer Kinder - unabhängig von Gesellschaftsschicht und Nationalität.
- Individuelles Lernen ist in allen Schulstufen zu fördern und zu ermöglichen. So wird die große Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss vermindert und mehr Chancengleichheit gegeben.
- Das Hochschulstudium ist eine öffentliche Aufgabe und muss kostenfrei sein, damit benachteiligte Jugendliche nicht an finanziellen Voraussetzungen scheitern. Der SoVD Hamburg fordert die sofortige Rücknahme der Studiengebühren sowie die Öffnung der Hochschulen für Menschen, die sich bereits in einem Beruf qualifiziert haben.

# Wahlprüfstein 3

## In die Berufsbildung investieren...

*... damit alle Jugendlichen eine Zukunft haben und die Wirtschaft auf Nachwuchs setzen kann.*

Jugendliche müssen besser auf die Berufswahl und berufliche Anforderungen vorbereitet werden. Dazu muss die allgemeine Bildung stärker mit der beruflichen verknüpft werden. Dem dualen Ausbildungssystem ist Vorrang einzuräumen und die Unternehmen sind in die Pflicht zu nehmen, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Dabei ist die begonnene Schulentwicklung im berufsbildenden Bereich fortzuführen, mit:

- einer frühzeitigen Vernetzung der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen
- der Abstimmung und Bündelung der schulischen und außerschulischen Maßnahmen
- einem niedrigschwelligen Einstieg durch eine anrechnungsfähige Qualifizierung für benachteiligte Jugendliche und
- der Konzentration der Angebote in der Ausbildungsvorbereitung auf Jugendliche ohne hinreichende Ausbildungsreife.

Ziel für einen zukünftigen Hamburger Senat muss es sein, dass alle Jugendlichen nach der Schule entweder eine Ausbildung oder ein Studium aufnehmen können.

# Wahlprüfstein 4

## Chancengleichheiten für behinderte Menschen garantieren ...

*...damit auch Menschen mit Handicap dabei sein können.*

Nach Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes darf niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Behinderte Menschen sollen danach die gleichen Möglichkeiten und Chancen haben wie nicht behinderte. Die UN-Behindertenrechtskonvention bekräftigt dieses Grundrecht: Jede Diskriminierung auf Grund von Behinderung ist verboten; alle Menschen sind gleichberechtigt sind; Chancengleichheit für Behinderte ist zu gewährleisten.

Der SoVD Hamburg fordert:

- dass die UN-Behindertenrechtskonvention im Bereich der Freien und Hansestadt Hamburg ohne Einschränkungen umgesetzt wird. Hamburg muss barrierefrei werden.
- unwiderrufbare Schritte einzuleiten, damit Kinder und Jugendliche mit Behinderungen in der Schule inklusiv unterrichtet werden,

- dass Menschen mit Behinderungen eine umfassende berufliche Ausbildung erhalten und als Erwachsene zur Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit eine umfassende berufliche Qualifizierung erfahren. Einschränkungen im SGB II- und SGB III-Bereich ist entgegen zu wirken,
- sicherzustellen, dass bei team.arbeit.hamburg qualifizierte Mitarbeiter mit regionalen Arbeitsmarktkennntnissen erforderliche berufliche Rehabilitation erkennen und bearbeiten.
- team.arbeit.hamburg soll Strukturen schaffen, die einer Rehabilitations-Abteilung gleichen,
- im öffentlichen Sektor müssen vermehrt sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vom Senat zur Verfügung gestellt werden,
- die Freie und Hansestadt Hamburg soll Unternehmen und Verbände auffordern, behinderte Menschen zu beschäftigen und zu qualifizieren, damit Arbeitsplätze für behinderte Menschen erhalten bzw. geschaffen werden können,
- die Reform der Eingliederungshilfe darf nicht zu Leistungskürzungen und Benachteiligungen behinderter Menschen führen,
- der Umbau von U- und S-Bahnhöfen muss zur uneingeschränkten Nutzung durch behinderte Menschen in spätestens 8 Jahren abgeschlossen sein. Die Finanzmittel sind in die Finanzplanung einzustellen,
- ausreichend behindertengerechte öffentliche Toiletten sind einzurichten. Dazu gehört auch eine wahrnehmbare Ausschilderung.

## Wahlprüfstein 5

### Politik für und nicht gegen Senioren ausrichten...

*... damit der Dialog in unserer alternden Gesellschaft klappt und jung und alt davon profitieren.*

Unsere Gesellschaft altert. Ältere Menschen haben heute eine längere Lebenserwartung als früher. Ihre Bedeutung als Wähler und Konsument nimmt zu. Dieser Trend wird sich in den kommenden Jahren beschleunigen und alle Bereiche des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens beeinflussen.

Der SoVD Hamburg fordert unter anderem:

- die volle und gleichberechtigte Teilhabe der Seniorinnen und Senioren an allen Lebensbereichen
- die Einrichtung und den Erhalt von wohnortnahen Begegnungsstätten in ausreichender Zahl
- keine Einsparungen bei den Hamburger Seniorenberatungsstellen
- ein würdevolles Leben im Alter, frei von Altersdiskriminierung und Altersarmut
- altersgerechtes Bauen und Wohnen, Verbesserung des Wohnumfeldes und der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur
- keine Einschränkung bei der gesundheitlichen Versorgung sowie ein Pflegekonzept und eine Pflegerealität, die den individuellen Anforderungen älterer Menschen entspricht
- regelmäßiges Aufstellen und Fortschreiben eines Planes, der die Belange von Seniorinnen und Senioren dokumentiert
- die Berücksichtigung der Belange behinderter Menschen in Seniorenkonzepten.

# Wahlprüfstein 6

## Eine menschenwürdige Pflege sichern...

*... damit Menschen im Alter oder bei Krankheit die Zuwendung bekommen, die ihnen gebührt.*

Menschen heute werden älter. Dadurch verändert sich nicht nur die Zusammensetzung unserer Gesellschaft in Jung und Alt. Die demografische Verschiebung führt auch dazu, dass mehr Menschen pflegebedürftig werden. Die Sicherstellung der Pflege ist eine der wichtigsten sozialpolitischen Aufgaben der Zukunft.

Der SoVD Hamburg begrüßt, dass die Freie und Hansestadt Hamburg das Hamburgische Wohn- u. Betreuungsqualitätsgesetz verabschiedet hat. Das Gesetz setzt viele Forderungen des SoVD Hamburg um. Doch es gibt weiteren Handlungsbedarf.

Ein künftiger Hamburger Senat muss ein Pflegekonzept entwickeln, das folgende Forderungen umfasst:

- Wohneinrichtungen sollten nicht mehr als 70 Plätze umfassen.
- In Wohneinrichtungen dürfen nur Einzelzimmer mit Nasszelle vorgehalten werden. Allenfalls für Ehepaare und für Menschen, die dieses ausdrücklich wünschen, können Doppelzimmer zur Verfügung gestellt werden (ca. 10 Prozent der Zimmer).
- Der Wohn-Schlafraum für einen Bewohner muss mindestens 18 m<sup>2</sup> groß sein.
- Alle Wohnplätze müssen barrierefrei sein.
- Langfristig sollten Wohngruppen eingerichtet werden.
- Es ist dafür Sorge zu tragen, dass in allen Pflegebereichen qualifiziertes Personal (mindestens 50 Prozent) rechtsverbindlich arbeitet und dieses die Chance hat, sich regelmäßig fortzubilden.
- Pflegeeinrichtungen müssen ausbilden und attraktive Arbeitsbedingungen schaffen, um dem Pflegenotstand entgegen zu wirken.
- Die Pflege direkt am Menschen ist zu stärken, u. a. durch Abbau bürokratischer Hemmnisse.
- Es muss ein bedarfs-, flächen- und qualitätsdeckendes ambulantes und stationäres Angebot vorgehalten werden.
- Pflegebedürftige Menschen müssen einen gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugang zu allen medizinischen Leistungen haben.
- Das Hamburgische Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz ist gesetzeskonform umzusetzen. Die vorgesehenen Rechtsverordnungen müssen umgehend verabschiedet werden.
- die Pflegegeldleistungen sollen regelhaft gezahlt und die einkommensabhängige Einzelfallförderung (EEF) wieder eingeführt werden.

## **Wahlprüfstein 7**

### **Keine Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch Einschränkungen bei den Bezirksämtern ...**

*... damit Hamburg bürgerfreundlich bleibt.*

In den sieben Bezirken sollen insgesamt etwa 13 Millionen Euro jährlich gespart werden. Etwa die Hälfte geht durch die Erhöhung von Gebühren an die Bevölkerung. Somit werden die Menschen, die wenig haben, indirekt stark belastet.

Auch Einsparungen durch Straffung behördlicher Abläufe wird zu Lasten der Versorgung der Menschen gehen. Vor allem soziale Dienstleistungen sind betroffen! Zur Disposition steht beispielsweise die Seniorenberatung, die jährlich 2,8 Millionen Euro kostet. Auf der Streichliste steht auch die Mütter-/Elternberatung mit 600.000 Euro oder die Elternschulen und die Wirtschaftsförderung mit je einer Million Euro. Zudem sollen die Bezirksversammlungen Sondermittel von zwei Millionen Euro verlieren. Auf der Reserve(streich)liste steht auch das Aus für den Schulärztlichen Dienst.

- Diese Sparpolitik darf nicht zum tragen kommen. Keine Sparmaßnahmen bei den Allgemeinen Sozialen Diensten (ASD), der Erziehungsberatung, den Jugendhäusern und Elternschulen sowie den Seniorenberatungsstellen!

## **Wahlprüfstein 8**

### **Gesetze bei Pflicht- und Kann-Leistungen pro-mensch flexibel auslegen...**

*... damit die Menschen das erhalten, was ihnen zusteht.*

Der Hamburger Senat hat dafür Sorge zu tragen, dass keine systematisch restriktive Gesetzesauslegung zu Lasten der betroffenen Menschen vorgenommen wird, um eine Diskriminierung von Menschen zu verhindern.

Insofern ist ein zukünftiger Hamburger Senat aufgefordert:

- seine Verwaltung anzuweisen, keine restriktive Auslegung bei der Gewährung sozialer Leistungen zuzulassen,
- keine Standardabsenkung durch Verringerung von Personalschlüsseln und Leistungsinhalten einzuleiten,
- Vor-Ort- Angebote durch die Bezirksämter zu erhalten.

# Wahlprüfstein 9

## Die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik für Hamburg stärken...

*... damit mehr Menschen in Arbeit kommen.*

Langzeitarbeitslosigkeit hat schwerwiegende negative Folgen für die Menschen: Zukunftsangst, Schwächung des Selbstwertgefühls, geringes Einkommen, Armut, Krankheit, soziale Isolation. Im internationalen Vergleich dauert die Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland erheblich länger als im europäischen Durchschnitt. In Hamburg sind ca. zwei Drittel aller registrierten Arbeitslosen auf Hartz IV (SGB II) angewiesen.

Arbeitsmarktpolitik schafft keine Arbeitsplätze. Deshalb muss es Aufgabe des künftigen Senats in Hamburg sein, Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik zu vernetzen. Wo sind Bereiche, in denen zusätzliche Jobs gebraucht werden?

Im Bereich personenbezogener Dienstleistungen besteht in vielen Bereichen eine Unterversorgung. Das Ziel einer flächendeckenden Versorgung mit Plätzen in Kindertagesstätten und Kinderkrippen ist noch nicht erreicht. Bei den pflegerischen Berufen in Hamburg bestehen Lücken. Die Versorgung mit Schulpsychologen ist mangelhaft. Bedarfe bestehen auch in Ganztagschulen, beispielsweise in der Hausaufgabenbetreuung, im Angebot an Förderkursen, bei der Einrichtung kleinerer Klassen in Problemgebieten, in Schulküchen.

Der SoVD fordert den künftigen Senat auf:

- sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in den o.a. Bereichen zu schaffen. Hierdurch könnten notwendige Qualifizierungen nicht auf einen vermuteten, sondern auf einen tatsächlichen Bedarf mit anschließender Beschäftigungsmöglichkeit ausgerichtet werden.
- Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose nicht zu kürzen
- arbeitslose Menschen hoch zu qualifizieren, um u. a. dem drohenden Fachkräftemangel entgegen zu treten und Standortvorteile Hamburgs zu sichern
- Menschen, die längerfristig arbeitslos sind, ausreichende Möglichkeiten zu bieten, um sie wieder fit, auch für einen Job, zu machen
- sich für einen flächendeckenden Mindestlohn dort einzusetzen, wo tarifvertragliche Branchenmindestlöhne nicht vereinbart sind.

# Wahlprüfstein 10

## Die Finanzierung des Gemeinwesens auf alle verteilen...

*... damit Starke in einem solidarischen Gemeinwesen  
mehr schultern als Schwache.*

Reiche und Wohlhabende müssen an der Finanzierung des Gemeinwesens in höherem Maße beteiligen werden als bisher. Diesen Worten müssen Taten folgen. Es fehlt eine Initiative Hamburgs im Bundesrat zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes und der Wiedereinführung der Vermögensteuer. Nur wenn es gelingt, die Starken in unserer Gesellschaft an den Aufgaben des Gemeinwesens stärker als bisher zu beteiligen, ist der Weg in Richtung einer gerechten Lastenverteilung eingeschlagen.

Ein zukünftiger Hamburger Senat muss sich einsetzen für:

- die Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 53 Prozent
- die Wiedererhebung der Vermögensteuer
- Korrekturen bei der Erbschaftsteuer
- die Anpassung der Unternehmensteuer
- die Einführung einer Finanztransaktionsteuer.

Darüber hinaus ist die Steuerprüfung durch die Finanzämter zu stärken, um mehr Steuergerechtigkeit zu erreichen. Hier sollte Hamburg eine Vorreiterrolle einnehmen. Nach Schätzung der Gewerkschaft ver.di könnten so bundesweit 12 Mrd. Euro jährlich mehr in den Staatshaushalt fließen.

# Beratungsstellen des SoVD Hamburg

Hier erhalten Mitglieder des SoVD kostenlose Beratung bei Fragen zur Renten- und Unfallversicherung, Kranken- und Pflegeversicherung, Grundsicherung, Sozialhilfe und Schwerbehinderung. Nichtmitglieder erhalten eine kostenlose Erstinformation. Kommen Sie einfach vorbei.

- **Landesgeschäftsstelle**  
**Pestalozzistr. 38, 22305 Hamburg (Nähe U-/S-Bahn Barmbek)**  
**Beratung nur nach vorheriger Terminvereinbarung**  
  
**Öffnungszeiten:**  
**Montag bis Mittwoch von 9 – 12 und 13 – 15 Uhr**  
**Donnerstag von 9 – 12 und 13 – 17 Uhr**  
**Freitag von 9 – 12 Uhr**  
**Tel.: 040 / 61 16 07 0**  
**Fax: 040 / 61 16 07 50**  
**Mail: info@sovd-hh.de**
  
- **August-Krogmann-Str. 52, 22159 Hamburg (Nähe U-Bahn Farmsen, im Berufsförderungswerk, info-point)**  
**Montags 10 – 12 Uhr**  
**Freitags 13 - 15 Uhr**  
**Tel.: 42906155,**  
**Fax: 42906156**
  
- **Langenfelder Straße 35, 22769 Hamburg**  
**in der Beratungsstelle „Autonom Leben e.V.“**  
**Dienstags von 10-12 Uhr**  
**Donnerstags von 9.30 –12 Uhr**  
**Tel.: 43193500,**  
**Fax: 23518367**
  
- **Winsener Straße 13, 21077 Hamburg (Harburg)**  
**(Parkmöglichkeiten auf dem Hof)**  
**Montag 9-12 Uhr, ,**  
**Mittwoch 10 – 12 Uhr**  
**Donnerstag 15-18 Uhr**  
**Donnerstags auch Rentenberatung nach Terminvereinbarung**  
**Tel.: 775957,**  
**Fax: 76750022**
  
- **Alte Holstenstraße 30, 21031 Hamburg (Bergedorf)**  
**in der Behinderten-Arbeitsgemeinschaft Bergedorf e.V.,**  
**im Marktkauf-Center**  
**Montags von 13-15 Uhr**  
**Freitags von 10-12 Uhr**  
**Tel.: 7242498,**  
**Fax: 76500600**

**Weitere Informationen erhalten Sie auch in den Kreisbüros**

#### **KREIS OST**

**c/o Berufsförderungswerk Hamburg-Farmsen, Haus W  
August-Krogmann-Straße 52, 22159 Hamburg  
Dienstag und Donnerstag von 10 – 12 Uhr  
Telefon: 42906134, Fax: 42906135  
info@sovd-hh-kr-ost.de,  
www.sovd-hh-kr-ost.de**

#### **KREIS WEST**

**c/o Beratungsstelle Autonom Leben e.V.  
Langenfelder Straße 35, 22769 Hamburg  
Mittwoch von 15 – 17 Uhr.  
Telefon 43193500,  
Fax 23518367  
info@sovd-hh-kr-west.de,  
www.sovd-hh-kr-west.de**

#### **KREIS SÜD**

**Winsener Straße 13, 21077 Hamburg  
Montags 9-12 Uhr, ,  
Mittwochs 10 – 12 Uhr  
Donnerstags 15-18 Uhr  
Telefon: 77 59 57,  
Fax: 76 75 00 22,  
kreis-sued@sovd-hh.de,  
www.sovd-hh-kr-sued.de**





**SoVD**  
Sozialverband  
Deutschland

*Kürzungs*

**~~SPARPAKET~~**

**Frau Bundeskanzlerin,  
einem nackten Mann können  
Sie nicht in die Tasche fassen!**

Gegen das Sparpaket der Bundesregierung.  
Gegen Zusatzbeiträge der Krankenkassen.  
Für eine sozial ausgewogene Politik!

[www.sovd.de](http://www.sovd.de)